

Ausbau der statistischen Infrastruktur

Projekt «Leben in der Schweiz 2020»

se. Die im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung sowie der sozialen und politischen Entwicklungen in Europa bewirkten Veränderungen der Lebensbedingungen in der Schweiz müssten künftig systematischer erhoben werden. Zu diesem Schluss kommen das Bundesamt für Statistik (BfS) und der Schweizerische Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung (SNF), die deshalb im Verbund ein Datenbankprojekt «Leben in der Schweiz 2020» ausgearbeitet haben. Jährlich durchgeführte, repräsentative Umfragen über die Lebensbedingungen, das Einkommen und die soziale Sicherheit der Wohnbevölkerung sollen systematisch in einer Kombination von statistischen Quer- und Längsschnittanalysen eine aktuelle Standortbestimmung ermöglichen und die Dynamik über die Zeit widerspiegeln. Das Projekt soll sozialstatistische Basisinformationen für die Verwendung in Wissenschaft, Politik und Verwaltung zur Verfügung stellen und ist auf den Zeitraum von 2004 bis 2020 angelegt.

Defizite der öffentlichen Statistik

Vor zwei Jahren hat das BfS eine «Task-Force System Personenerhebungen (SYPER)» eingesetzt, diese sollte die bestehenden Datenerhebungen hinsichtlich aktueller und künftiger Bedürfnisse der öffentlichen Statistik überprüfen. Die Task-Force kam zum Ergebnis, dass ein umfassendes Konzept der Personenbefragungen bis anhin fehlt, zudem seien gewisse Themenbereiche statistisch nur ungenügend abgedeckt, etwa in den Bereichen Einkommenssituation und soziale Sicherheit. Orientierungspunkt des geplanten Ausbaus der öffentlichen Statistik sind Bestrebungen auf europäischer Ebene wie etwa die von der EU geplante Vereinheitlichung der Indikatoren in den nationalen Einkommensstatistiken («Statistics on Income and Living Conditions, SILC»). Die zentralen Zielbereiche des geplanten Verbundprojekts sind neben der Einkommens-, Vermögenssituation und der sozialer Sicherung die Gesundheit, die Position auf dem Arbeitsmarkt, die Nutzung sozialer Netzwerke sowie generell die Lebensqualität (Zufriedenheit).

Umsetzung und Finanzierung

Das Gesellschafts-Monitoring von BfS und SNF sieht zum einen gemeinsame CATI-Umfra-

gen (computergestützte Telefoninterviews) vor. Jährlich würden alle Mitglieder aus 10 000 gesamtschweizerisch repräsentativ ausgewählten Haushalten telefonisch befragt, die Stichprobe soll zum Erhalt der Repräsentativität alle vier Jahre aufgestockt werden. Es handelt sich dabei um die langfristige Institutionalisierung und Erweiterung des im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» des SNF bereits seit 1999 an der Universität Neuenburg durchgeführten «Schweizer Haushaltspanels» (bisherige Stichprobengrösse: 4000 Haushalte). Geplant sind zusätzlich eine rotierende Panelumfrage für die Einkommensstatistik sowie die Verknüpfung der Erhebungen mit Registerdaten aus den Bereichen Sozialversicherungen und Steuern.

Als Träger des Projekts figuriert neben dem in Neuenburg domizilierten BfS und dem SNF auch die Universität Neuenburg. Das BfS und der SNF sollen die Sach- und Personalkosten übernehmen, die Universität Neuenburg würde die Infrastruktur (Büroräumlichkeiten usw.) zur Verfügung stellen. Insgesamt sind Kosten in der Höhe von jährlich 5,5 Millionen Franken budgetiert, davon hätte der SNF 2 und das BfS 3,5 Millionen zu tragen (wobei die Beschaffung der Registerdaten nicht im Budget eingerechnet ist). Der Kostenanteil des Nationalfonds wird Bestandteil der Sammelbotschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) für die Jahre 2004 bis 2007 sein, das Parlament wird voraussichtlich im nächsten Jahr entscheiden. Der BfS-Anteil geht in das Mehrjahresprogramm des Amtes ein. Neben den finanziellen wirft das Projekt auch technische und rechtliche Fragen auf, etwa was die Verknüpfung der Umfrageergebnisse mit amtlichen Registerdaten anbelangt.

* * *

Das Verbundprojekt schaffe eine «Win-win»-Situation, schreiben die Gesuchsteller, werde doch effizient und kostensparend (weil unter Ausnutzung aller Synergien zwischen Wissenschaft und öffentlicher Statistik) eine qualitativ hochstehende «Informationsinfrastruktur» für die Schweiz sichergestellt. Gegen eine enge Zusammenarbeit zwischen dem BfS und der Universität Neuenburg (Mitarbeiter des BfS unterrichten Stu-

denten, die Universität ist an Projekten des BfS beteiligt) ist sicherlich nichts einzuwenden, auch nichts gegen einen Ausbau der Einkommens- und der Versicherungsstatistik. Wo indes das öffentliche Interesse liegt, über fast zwei Dekaden hinweg jährlich sämtliche Mitglieder von 10 000 Haushalten nach ihrer Zufriedenheit mit dem eigenen Leben oder mit der Politik zu befragen, und für welches politische Vorhaben hieraus wichtige Entscheidungshilfen generiert werden könnten, ist weniger leicht einzusehen. Eine Kon-

zentration der öffentlich finanzierten Informationsbeschaffung auf das Notwendige wäre zu überdenken. Fragen nach Werten und Einstellungen in der Bevölkerung werden zudem sowohl bei ihrer Erhebung wie auch bei der Auswertung und Veröffentlichung sehr oft irreführend interpretiert, was auch beim Neuenburger «Haushaltspanel» schon der Fall war (vergleiche NZZ 12. 10. 00).